Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Politik steht bei den professionell Pflegenden im Wort

Es ist nicht nachvollziehbar, wie die Politik mit der für die professionell Pflegenden wichtigsten Entscheidung dieser Legislaturperiode umgeht. Ist ihr die Sicherung der Patientensicherheit so wenig wert, dass sie das Pflegeberufereformgesetz aussitzt oder sogar auf die nächste Legislaturperiode schiebt? Wohlweislich, dass dann das gesamte Gesetzgebungsverfahren zurück auf „Start“ gesetzt wird – und obwohl bereits über 10 Jahre um eine neue, moderne Pflegeausbildung gerungen wird!

Mit den Strukturen des 19. Jahrhunderts können die Probleme des 21. Jahrhunderts nicht gelöst werden. Wenn sich nun einige Verhinderer der Jahrhundertreform für die professionell Pflegenden in den Weg stellen, dann läge bei diesen Abgeordneten die Verantwortung dafür, dass in Zukunft eine qualifizierte Patientenversorgung in der Pflege in Frage gestellt sein wird. Das Aussitzen ist die schlechteste aller Lösungen. Die Politik steht bei den professionell Pflegenden im Wort und sollte sich nicht den Arbeitgeber- und Gewerkschaftsinteressen beugen. Die enorme Chance der durch das Gesetz bedingten Weiterentwicklung der Pflegeberufe darf nicht leichtfertig verspielt werden. Das taktische Gezerre zwischen den Parteien muss ein Ende haben. Das Gesetz ist einer der wesentlichsten Garanten für die Gewährleistung der Patientensicherheit und sichert eine gute und zeitgemäße Pflege. Es ist zugleich einer der wichtigsten Lösungswege zur Behebung des Pflegefachpersonal-mangels und führt zu einem enormen Motivationsschub für die professionell Pflegenden. All dies darf nicht leichtfertig vertan werden.

Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Wir brauchen gerechtere Löhne

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege brauchen gerechtere Löhne. In einem ersten Schritt muss es dabei zu einer Anpassung des niedrigeren Lohnniveaus der Berufe in der Altenpflege zum höheren Niveau der Krankenpflege kommen. Weiter muss es für alle Einrichtungen möglich sein, eine Anpassung auf das Lohnniveau von tarifgebundenen Einrichtungen vorzunehmen.

Bislang sieht das Pflegeversicherungsgesetz vor, dass Einrichtungen, die nach Tarif bezahlen, die Personalkosten auch unmittelbar refinanziert bekommen. Das ist gesetzlich verankert. Für alle anderen Einrichtungen, die sich an den Tarif anlehnen wollen, ist eine solche Refinanzierung nicht unmittelbar möglich. Viele Kostenträger verweigern dies sogar. Sie begründen dies mit Unwirtschaftlichkeit und einer aus ihrer Sicht fehlenden Plausibilität der daraus entstehenden Vergütungen. Die Leidtragenden sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein solches Verhalten der Kostenträger hat mit der vielfach gepriesenen Wertschätzung der Pflegeberufe nichts zu tun.

Hier besteht eine Gesetzeslücke, die es zu schließen gilt. Das hat der Deutsche Pflegerat bei der Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf des Dritten Pflegestärkungsgesetzes deutlich gemacht. Der DPR fordert eine Klarstellung im SGB XI, dass auch eine am Tarif angelehnte Entlohnung bei den Vergütungsverhandlungen anerkannt – und dann natürlich auch nachgewiesen werden muss. Letzteres verhindert, dass Renditen verdeckt zulasten der Löhne der Beschäftigten realisiert werden.

Irmgard Menger
Ratsmitglied des Deutschen Pflegerats (DPR)